– Es gilt das gesprochene Wort –

Gesine Schwan
Rede auf DGB-Kongress 7. Oktober 2010

Wir brauchen ein soziales Europa

Europa hatte in den letzten Jahren bei den Menschen an Anziehungskraft verloren. In der Finanzkrise konnten wir jedoch lernen, wie wichtig der europäische Zusammenschluss nach wie vor ist, aber auch wie anfällig. Und dass wir in der Integration fortfahren müssen, wenn wir den Zusammenhalt nicht verlieren wollen. Das gilt nicht nur für die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Vor allem müssen Wirtschaftsintegration und soziale Sicherung besser miteinander verbunden werden.

In den letzten Jahren stand Europa oft für Deregulierung und Unterwerfung unter einen kalten Weltmarkt. Dagegen sollte der Nationalstaat für Wärme und soziale Sicherheit sorgen. Das ist zunehmend schwieriger geworden, so dass viele ihr Heil lieber wieder allein im Nationalstaat suchen wollen. Es ist aber eine Illusion, anzunehmen, wir könnten uns nationalstaatlich gegen eine kalte ökonomische Globalisierung wehren. Um den Vorrang demokratischer und sozial gerechter Politik gegen einen deregulierten Markt zu wahren und weiter zu entwickeln, brauchen wir größere Räume. Europa bietet dafür die Chance, aber nur, wenn wir umsteuern. Wir brauchen eine Wende hin zum sozialen Europa.

Warum umsteuern? Wir müssen die unbesehene Priorität, die die Europäische Kommission und vielfach auch der Europäische Gerichtshof in den letzten Jahren der Deregulierung gegeben haben, überwinden.

Diese vorrangige Politik der Deregulierung hat die Nationalstaaten in Europa zu „Standorten" degradiert, die durch Senkung von Steuern und Sozialabgaben möglichst günstige Bedingungen schaffen sollten für die Investition von Kapital. Damit entstand eine Abwärtsspirale, die es den Staaten immer mehr erschwerte, ihre in der Konstruktion der Europäischen Union vorgesehene Aufgabe der sozialen Sicherung zu erfüllen. Liberalisierung des Kapitalverkehrs und Wirtschaftsintegration sollten eigentlich im Geiste der Subsidiarität im nationalen Rahmen sozial abgefedert werden. Aber die marktradikal orientierte europäische Kommission, die immerhin aus Wahlen hervorgegangen war, gab günstigen Bedingungen des Kapitals den Vorrang. Und auch die Urteile des Europäischen Gerichtshofes gingen vielfach in diese Richtung, um die Wirtschaftsintegration zu befördern.

Wir konnten das bei der Auseinandersetzung um das Volkswagengesetz sehen, wo es nur mit Mühe gelang, die schützenden Regelungen des Gesetzes zu erhalten gegen den Vorwurf, man benachteilige damit internationales Investitionskapital. Dabei hat VW davon reichlich, wie es zeigen konnte.

Die Vorherrschaft des Konkurrenzprinzips hat die innereuropäische wie die innerstaatliche Solidarität so beschädigt, dass die Menschen an Europa ihr Interesse verloren, ja Europa für ihre Misere bis heute verantwortlich machen. Das ist fatal. Es kommt darauf an, die positive Wirkung der europäischen und globalen Öffnung der Handelsmärkte zu wahren und von ihrem zerstörerischen Potenzial dadurch zu befreien, dass Europa darin zugleich als ein soziales Haus empfunden wird, das Sicherheit bietet, dessen Türen zugleich offen stehen.

Was heißt eigentlich „sozial"? Dem Wortsinne nach „gesellschaftlich", oder auch „gesellig". Man verbindet damit die Vorstellung, dass die Menschen einander nicht prinzipiell feindselig, sondern freundlich, zumindest umgänglich begegnen, dass die Gesellschaft nicht vom Gegensatz zwischen arm und reich bestimmt und von Konflikten zerrissen wird, dass das Gemeinsame im Blick bleibt, dass der Zusammenhalt durch Gerechtigkeit, d.h. durch Gleichheit der Lebens- und Freiheitschancen gewahrt wird, dass man partnerschaftlich miteinander umgeht, dass eine prinzipielle Solidarität die Menschen trägt. Das geht in Europa nicht gegen die Welt oder in Abschottung von ihr, sondern nur mit offenen Türen.

Europa als soziales Haus. Zu Hause fühlt man sich dort, wo man Freiheit und Sicherheit erfährt. Das ist seit Jahrhunderten die Rechtfertigung für politische Zusammenschlüsse, das bietet demokratischen Staaten ihre Legitimation. Deutschland ist im 19. Jahrhundert erst aus einem Flickenteppich zu einer Nation zusammengewachsen, als es sich zu einem Sozialstaat entwickelte und die Menschen den Staat auch als Garantie von Sicherheit empfanden. In Demokratien sind Freiheit und Sicherheit zwei Seiten einer Medaille, nur zusammen schaffen sie ein Gefühl der Zugehörigkeit.

Für viele Jahre ist es auch gelungen, Freiheit und Sicherheit in Europa miteinander zu vereinbaren und eine Balance zwischen den Erfordernissen einer europäischen Liberalisierung der Märkte einerseits und der sozialen Sicherheit der Bürger andererseits zu wahren.

Im Zuge der marktradikalen Deregulierung aber wurde ein Standortwettbewerb zwischen den europäischen Staaten losgetreten, der für die Europäische Union einen doppelten Sprengstoff enthielt: Die Staaten und damit die nationalen wirtschaftspolitischen Interessen richteten sich gegeneinander und innerhalb der Staaten öffnete

sich die Schere – wie neueste Daten zeigen sogar in den letzten Jahren verstärkt – zwischen arm und reich. Beide führten zu neuen nationalen Interessengegensätzen, nicht nur zwischen den national legitimierten Regierungen: Nach jeder EU-Konferenz wurden Politiker zu Haus danach befragt, wie viel sie für ihr Land herausgeholt hätten. Auch die verschiedenen nationalen Gewerkschaften gerieten gegeneinander, wenn sie sich auf den nationalen Standortwettbewerb einließen und damit nolens volens gegen die Positionen ihrer Kollegen in anderen Ländern stellten. Da zum Standortwettbewerb jedenfalls in Deutschland auch die Spreizung der Löhne gehörte und die Managergehälter gleichzeitig rasant und deutlich überproportional stiegen, da vor allem das Versprechen, auf diese Weise die Arbeitslosigkeit deutlich fühlbar abzubauen, sich langfristig nicht erfüllte, wurden Arbeitslosigkeit und Alter erneut zu Armutsrisiken.

Wir müssen also umsteuern. Aber wie?

Die Politik der Europäischen Kommission und die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs müssen sich ändern. Der Europäische Gerichtshof sieht seine Aufgabe in der Bekräftigung der europäischen Integration, insbesondere auch der Wirtschaftsintegration. Zu diesem Zweck lag es zumindest für eine Mehrheit der Richter in den letzten Jahren nahe, einzelstaatliche Regelungen zum Arbeitsrecht, zur Mitbestimmung oder zur sozialen Absicherung dort, wo sie eine überdurchschnittliche Stärkung der Arbeitnehmer- oder Gewerkschaftsposition vorsah, als Wettbewerbs- und also Integrationshemmnis zu verurteilen. Das lag zum Teil auch im Interesse der neuen Mitgliedstaaten, denen es verständlicherweise zunächst auf die Anziehung von Investitionskapital ankam und die daher eine möglichst marktliberale Interpretation befürworteten.

Mit dieser marktradikalen Interpretation aber wird die Möglichkeit der Nationalstaaten, die Marktwirtschaft im Geiste der sozialen Marktwirtschaft partnerschaftlich zu gestalten und sozial abzufedern zunehmend eingeengt.

Umsteuern heißt, die Politik der Europäischen Kommission und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes, die die Europäische Integration ihrem Auftrag gemäß und auch vernünftiger Weise bekräftigt, von ihrer unnötigen marktradikalen Ausrichtung zu befreien, um die Menschen wieder für Europa zu gewinnen. Es geht um eine neue politische Balance zwischen dem Markt- und dem Sozialprinzip.

Dafür müssen wir in der öffentlichen politischen Auseinandersetzung kämpfen.

Zur Umkehrung der Abwärtsspirale, die aus dem Standortwettbewerb der Staaten entstanden ist, gibt es Vorschläge, den unterschiedlichen nationalen Interessen gerecht zu werden. Diese Unterschiede rühren aus ihren

verschiedenen wirtschaftlichen Entwicklungsstadien her und sind jeweils durchaus verständlich. Man kann ihnen durch ein „Korridor"-Modell gerecht werden, nach dem soziale Abgaben innereuropäisch koordiniert werden. Dabei würde sich Europa auch nicht nach außen abschließen, sondern für weitere „globale" Korridor-Lösungen offen sein, wie sie die „International Labour Organisation" vorgeschlagen hat.

Damit würde die Möglichkeit unterbunden, die europäischen Staaten mit ihren Verpflichtungen für das Soziale gegeneinander auszuspielen. Die schwächer entwickelten Volkswirtschaften würden nicht überfordert, ihre Chance, Kapital anzuziehen nicht unterminiert.

Wenn wir in der Ernüchterung der Finanzmarktkrise von Regeln sprechen, die dem Markt um der Freiheit der Menschen willen politisch gesetzt werden müssen, damit die Wirtschaft dem Menschen dient und die Bürger nicht zum Anhängsel eines anonymen Marktmechanismus werden, dann sollten wir derartige Vorschläge sehr ernst nehmen und in Europa untereinander aushandeln.

Nach neuesten Umfragen des Eurobarometers wünschen sich zwei Drittel der Europäer eine Angleichung der sozialen Sicherungen in Europa und wer auf Europa baut, fürchtet sich weniger vor der Globalisierung.

Allenthalben hören wir, dass Europa an politischer und wirtschaftlicher Bedeutung zugunsten von Asien und den Schwellenländern verliert. Andererseits zieht die europäische Union weiter auch global als Modell viele an, weil es ein frei ausgehandelter Zusammenschluss ungleicher Partner ist und damit einen wichtigen Beitrag zur immer wichtigeren „good global governance" leistet. Die müssen wir, auch die Gewerkschaften, nach und nach erfinden und ausbauen, um den dringenden weltweiten Herausforderungen gerecht zu werden. Auch deshalb ist Europa so wichtig!

Wenn wir Freiheit und Demokratie sichern wollen, müssen wir das soziale Europa stärken. Erst dann empfinden die Menschen über den Nationalstaat hinaus auch gegenüber Europa positive, loyale Gefühle. Diese Schubkraft brauchen wir für eine gemeinsame europäische Politik, die den nationalen Besonderheiten gerecht wird, ohne die Nationalstaaten und die Menschen in ihnen – also auch die Gewerkschaften – gegeneinander auszuspielen.

Dafür lohnt es sich politisch zu kämpfen!